



**Verkehr**

## Berlins Bürgermeister soll verzichten

Die Vereinigung der Aufsichtsräte in Deutschland (VARD) hat den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD), aufgefordert, den Vorsitz im Aufsichtsrat der skandalträchtigen Berliner Flughafengesellschaft nicht zu übernehmen. Eine Entscheidung, das Amt anzunehmen, heißt es in einem scharf formulierten Schreiben vom 1. Juni, würde dem „Berufsstand und dem Ansehen der Aufsichtsräte in Deutschland Schaden zufügen“. Das Amt verlange grundlegende Kenntnisse in Bereichen wie „Finanzierung, Rechnungswe-

sen und Risikomanagement“, schreibt VARD-Vorstand Peter Dehnen. Dieses Wissen vermisst Dehnen bei Müller.

Eine kritische Diskussion „auf Augenhöhe mit der Geschäftsleitung“ sei somit nicht möglich. Die Aufsichtsratsvereinigung, in deren Präsidium der ehemalige Metro-Chef Hans-Joachim Körber, der Ex-RWE-Chef Dietmar Kuhnt und CDU-Finanzexperte Friedrich



Merz sitzen, fordert, den Aufsichtsrat des Flughafens zu verkleinern und statt Politikern mehr professionelle Kräfte in das Gremium zu berufen. Müller hatte nach längerem Zögern zugestimmt, die Nachfolge von Klaus Wowereit (SPD) als Vorsitzender des Aufsichtsrats des Berliner Flughafens zu übernehmen. Er soll am 3. Juli gewählt werden. Die Diskussion um Aufsichtsräte, kontert eine Sprecherin Müllers, sei akademischer Natur. Es sei wichtig, „dass Politik beim wichtigsten Infrastrukturprojekt der Region Verantwortung übernimmt“. fdo

**Kommentar**

## Verhätschelte Milliardäre

*Familienunternehmen werden bei der Erbschaftsteuer geschont – warum nur?*

Es geht an dieser Stelle um reiche Menschen, aber es geht nicht um Neid. Es geht um Gerechtigkeit. Stefan Quandt, seine Mutter Johanna und seine Schwester Susanne sind Großaktionäre von BMW. Sie haben für das Jahr 2014 gut 800 Millionen Euro Dividende erhalten. Netto blieben den dreien 600 Millionen Euro, weil sie nur 25 Prozent Kapitalertragsteuer zahlen müssen.

Wenn es Familienunternehmer mit Vorbildcharakter gibt, dann gehören die Quandts sicher dazu. Sie führen die Autofirma mit unternehmerischer Weitsicht. BMW schafft Tausende neuer Arbeitsplätze, auch in Deutschland. Wer aber für BMW beispielsweise Motoren entwickelt, dem werden (als Single) von jedem Euro, den er im Jahr über 62.000 Euro hinaus verdient, 44,3 Prozent an Steuern abgezogen. Wahrscheinlich gönnt der BMW-Ingenieur den Quandts ihre Millionen. Aber dass er einen höheren Steuersatz zahlen muss als sie, ist nicht

zu erklären. Der Staat unterstützt jene, die mit Vermögen Einkünfte erzielen, und bestraft jene, die mit ihrer Arbeit Geld verdienen. Die Kluft zwischen den Wohlhabenden und dem Rest der Bevölkerung wird immer größer. Auch, weil Familienunternehmer bei der Erbschaftsteuer geschont werden. Wer eine Firma im Wert von zehn Milliarden Euro erbt, muss selbst nach der von Finanzminister Wolfgang Schäuble geplanten Reform maximal 22 Prozent davon an den Staat überweisen. Unternehmerfamilien sollen im Erbfall nicht gezwungen sein, die Firma zu verkaufen.

Doch es gibt nicht nur die Quandts, sondern auch die Porsches und die Piëchs, die sich streiten, bis der VW-Konzern ins Schleudern gerät. Eine Erbschaftsteuer, die sie zwingen würde, einen Teil ihrer Aktien zu verkaufen, wäre zum Wohl des Unternehmens. Und es wäre gerecht. Wer mag, kann dann ja immer noch neidisch sein.

Dietmar Hawranek

FOTOS: MICHAEL KAPPELLER / DPA (O.); JENS GYARMATY / VISUM (U)